

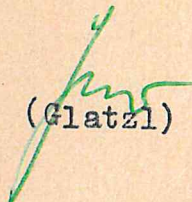
K 111
1470 FPÖ

Aktnotiz für Herrn Generalsekretär Dr. Maleta

4.6.59

Beiliegenden Aktenvermerk über eine bezeichnende Rede des Bundesobmannes der FPÖ, Peter, übersandte mir der ehemalige Einsatzsekretär von Voralrberg und Sekretär des Wirtschaftsbundes Dr. Pitschmann.

Bitte um Einsichtnahme.


(Glatzl)

1959
Aktenvermerk über die öffentliche Versammlung der FPÖ im Arbeiterkammersaal von Feldkirch am 29. Mai 1959.

Thema: Aufgaben der FPÖ nach der Nationalratswahl,
Referent: Bundesparteiobmann Abg. Friedrich Peter,
Nat. Rat Klaus Mahnert;

Musikalische Umrahmung: Musikverein Altenstadt.

Tendenz: Beste Stimmung mit Siegesfreude; Beide Referenten, hauptsächlich Peter, sehr oft durch stürmischen Beifall unterbrochen;
Besuch: Ausgezeichnet (Mit Ausnahme der Galerie war der Saal beinahe voll).

Nat. Rat Mahnert stellt sich vor, dankt den Wählern und verspricht Arbeit und wieder Arbeit, jeder einzelne Fall der an die FPÖ herangetragen werde, sei für sie eine Herzensangelegenheit.

Abg. Peter: Die FPÖ ist bereit zu künftiger Arbeit und Zusammenarbeit mit allen im Parlament vertretenen politischen Kräften Österreichs. Die ÖVP kreidet die Schuld an der Niederlage den Wählern an, sie fragt sich kaum, was haben wir falsch gemacht. Wir wollen den politischen Gegnern nichts vorhalten, wir haben ja dasselbe mitgemacht. Auch wir haben etwas falsch gemacht, wir haben aber daraus gelernt, wir wollen unser Ohr an den Herzschlag des Volkes legen.

In einer Demokratie gibt es zwei Elemente, ein regierendes und ein kontrollierendes. Es kann im Parlament keinesfalls nur Regierungsparteien geben, es muss auch eine kontrollierende Partei geben. In der ÖVP sei vor allem Dr. Bock gegen die FPÖ sehr ausfällig gewesen. Er erklärte, dass die FPÖ nicht zur Mit- und zur Zusammenarbeit bereit sei; Wir wollen im Parlament arbeiten und nicht in einer Koalition. Wir lassen uns das Recht der freien Meinungsäußerung nicht nehmen. Wir tanzen nicht nach der Pfeife eines undemokratischen Koalitionspaktes. Im Parlament jedoch werden wir jederzeit mitarbeiten. Die ÖVP sagt, wir seien Nörgler und Kritikaster. Hat uns die ÖVP in den letzten Jahren nur ein einziges Mal Gelegenheit zur Mit- und Zusammenarbeit gegeben? Sie ist gebunden an das Joch des Koalitionspaktes ~~IMPERIALISMUS~~. Von der SPÖ haben wir in parlamentarischer Hinsicht keinerlei freien Raum im Parlament zu erwarten. Die SPÖ will sich an dem alten Fakt festhalten. Sie will der ÖVP wiederum denselben Weg aufzwingen, der zugleich die Möglichkeit der Opposition und des Regierens gab. Die SPÖ ist eine sehr zwiespältige Partei. Im neuen Parlament werden wir oft mit eigenen Gesetzesanträgen in Erscheinung treten.

Gundel 1 ./. .

Nach dem 9. Juni werden wir als ersten Antrag stellen:

Gleichstellung der Altrentner mit den Neurentnern.

Wir lehnen den Klassenkampf der SPÖ genauso wie die berufsständische Problematik der ÖVP ab.

Wir sind die Partei der Volksgemeinschaft. Wie werden die ÖVP fragen: "Seid ihr bereit, diesen oder jenen Antrag im Interesse des Volksganzen zu unterstützen?" Wir vertrauen auf die unabhängige Presse, die gerade während des Wahlkampfes die Notwendigkeit des freien parlamentarischen Raumes stark unterstrichen hat. Sie werden uns helfen, unsere Anträge im Parlament der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Die Sozialisten fordern neue Macht auf Grund des Stimmenergebnisses. Wir haben nichts zu fordern, wir haben nur zu arbeiten und wiederum zu arbeiten auf dem Boden der Sachlichkeit. Österreich muss wieder ein Rechtsstaat werden. Schluss mit dem Proporzstaat. Wir lehnen es ab, den Andersdenkenden zu beschimpfen, zu beleidigen oder ihn herabzusetzen, wir wünschen immer wieder Gespräche mit dem politischen Gegner. Das Parteibuch in Österreich gilt mehr, als die Würde und Freiheit des Menschen. Ämter und Posten werden nach Proporzgrundsätzen vergeben und zwar nach dem Strickmuster unserer Grossmutter: zwei glatt zwei verkehrt.

Die Regierungsberatungen seien ins Stocken geraten. In Wirklichkeit scheinen die beiden Parteien mit ihrem Geschäft schon ein gutes Stück weitergekommen zu sein, wie die galizianischen Juden von Tarnopol. Schwierigkeiten scheint es hauptsächlich innerparteilich der Postenverteilung wegen zu geben. Man weiss nicht ob Figl sein Aussenamt wieder bekommt. Die Gruppe Kreisky drängt in der SPÖ stark nach. Figl sollte mit dem Landeshauptmannposten von Niederösterreich entschädigt werden. Der kranke Landeshauptmann Steinböck sagt aber: "So lange er gehen könne, gehe er nicht". Man spricht auch davon, dass Figl Nationalratspräsident werden soll. Hurdes sagt: "Was soll dann ich machen?" Dabei gibt ihm Raab die Antwort, dass er ja ein tüchtiger Rechtsanwalt sei. Auch Gorbach wäre ein befähigter Nationalratspräsident, aber dann wäre wieder für Figl kein Platz. Das sind die Sorgen der ÖVP.

In der SPÖ drängt Kreisky stark auf den Aussenministerposten. Demgegenüber erklärt die gewerkschaftliche Gruppe durch den Sprecher Holzfeind, es gäbe in der SPÖ Kräfte, die gerne das Aussenministerium übernehmen wollten, das sei für die SPÖ nicht interessant, Da die weltpolitische Lage viel zu verworren und das Südtirolproblem viel zu heikel sei, um sich in die Nesseln dieses Ministeriums zu setzen.

Viel zweckmässiger seien Arbeitsministerien, zu denen auch der Wohnbau gehöre. Dies könnte Olah übernehmen.

Die ÖVP hat im Jahre 1956 die Zerschlagung des Waldbrunnerministeriums versprochen, sie hat dieses Versprechen nicht erfüllt; nach wie vor öffentliche Verwaltung in den grossen Betrieben, keine Organbildung.

Die ÖVP hat die Neuwahlen dadurch erzwungen, dass sie erklärte, nach dem VÖEST-Bericht kann man mit Waldbrunner nicht mehr an einen Tisch sitzen. Die ÖVP forderte den Rücktritt Waldbrunners und deswegen habe die SPÖ den Neuwahlen zugestimmt.

Pittermann hat dies in der Siegesfeier in der Wiener Stadthalle festgestellt.

Es ist zu fürchten und anzunehmen, dass die ÖVP trotz ihrer Erklärung sich wieder mit diesem Mann in dasselbe Koalitionsbett legen wird. Welch' leeres Stroh hat die ÖVP doch gedroschen, es war kein VÖEST-Skandal, es war ein Koalitionsskandal österreichischer Prägung auf dem Boden der VÖEST, an dem beide Regierungsparteien beteiligt waren.

Wir danken den freiheitlichen Wählern für das uns zusätzlich geschenkte Vertrauen, wir bitten aber heute schon um ein Mehr für den nächsten Wahltag im Herbst dieses Jahres. Mit der Kleinarbeit zu dieser Wahlauseinandersetzung wollen wir gleich beginnen. Arbeit und Idealismus sind unsere Stärke. Uns fehlen die Gewerkschaftsmillionen die die SPÖ in den Wahlkampf geworfen hat.

Am 14. Mai d. J. feiert das Reichsvolksschulgesetz den 90. Geburtstag. Wie jämmerlich sind doch dagegen die von der Koalition geschaffenen Gesetze. Wir zehren auch hier von der Vergangenheit. Die Jugend hat in Österreich auch von Regierung und Gesetzgebung ein schlechtes Beispiel, in übrigen ist die Jugend so gut und so schlecht wie wir sie erziehen.

Am 9. Juni sind wir bereit zur Mit- und zur Zusammenarbeit. Werden uns die anderen Parteien dies in echter demokratischer Gesinnung ermöglichen? Die FPÖ bittet das österreichische Volk, die Arbeit der nächsten Monate und Jahre genau und kritisch zu verfolgen. Wir hoffen im Herbst dieses Jahres auf eine neue bessere Ernte auch und gerade im Lande der Nüchternheit, Sachlichkeit, Anständigkeit und freien Meinungsäusserung.

(Starker Applaus, Überreichung von Blumengebinden durch Trachten; Schlusswort von Stadtrat Walch, aber überraschenderweise keine Diskussionsankündigung. Anmerkung Dr. Pitschmann: Der einzige Schönheitsfehler dieser Versammlung.